

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 28 (1948-1949)
Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Die Bestätigung Trumans als Präsident der Vereinigten Staaten

für weitere vier Jahre scheint nach den bisherigen Erfahrungen mit ihm wohl geeignet, Genugtuung zu erwecken. Das ergibt sich vor allem daraus, daß nun die Linie der amerikanischen Politik vorerst ungebrochen bleibt. Es bedeutet dies auf der einen Seite die Fortführung der «Truman-Doktrin», also die Fortsetzung jener Politik, welche durch die Etablierung von Stützpunkten und Sicherungspositionen in der ganzen Welt der russischen Expansionspolitik begegnen will, und in diesem Rahmen die Fortsetzung des Marshall-Plans für die vorgesehene Frist bis 1952, und dazu die westliche Blockbildung in Europa, und über den Atlantik, unter amerikanischer Ägide. Auf der andern Seite bedeutet der Sieg Trumans die Fortsetzung jener Politik, welche bestrebt ist, das Äußerste zu vermeiden, also den Bogen immer irgendwie etwas elastisch zu halten. «Solange ich Präsident bin», so erklärte Truman in seiner letzten Wahlrede, «wird die Türe für eine direkte Fühlungnahme mit der Sowjetunion nicht zugeschlagen werden». So wird man denn die Fortsetzung jener Politik erleben, welche vorerst das Gleichgewicht der Machtpositionen der beiden großen Gegner in der Welt zu erreichen sucht, die aber im Grunde auf den Ausgleich gerichtet ist. Daß dabei die Amerikaner durch die Wiederaufnahme ihrer Rüstungen und die machtpolitische Aktivierung des ganzen Westens die mehr oder weniger schnelle Erreichung ihrer potentiellen Überlegenheit erwarten, ist naheliegend. Eine andere Frage ist, was geschehen wird, wenn dieses Ziel einmal erreicht ist. Wie dem auch sei, — jedenfalls werden es die Friedensfreunde in der ganzen Welt begrüßen, daß Truman und nicht Dewey gewählt worden ist. Ebenso erfreulich ist die massive Niederlage des Kandidaten Wallace. Die Kommunisten und Kommunistenfreunde in der ganzen Welt erhalten dadurch eine wohl-tätige Abkühlung.

Inzwischen geht die

Entwicklung des Westens

unter dem Einfluß des Marshall-Plans und in der Richtung auf eine stärkere Konzentrierung im Atlantikpakt weiter. Mag der Weg auch mühsam sein, — es ist unverkennbar, daß er unter der scharfen, ja autoritären amerikanischen Aktivität am Ende zum Ziele führen wird, und wenn die Widerstände auch noch so groß sind. Unter der Voraussetzung, daß sich die wirtschaftliche Lage in den hauptbetroffenen Ländern, also in Italien und Frankreich, bessert und so stabilisiert — und die Marshallplangelder werden das bewirken —, dann wird der Kommunismus trotz aller Anstrengung des Ostens am Ende zwar nicht erledigt, aber weitgehend aus-

manöviert werden. So läßt sich beispielsweise nicht bestreiten, daß die Bergarbeiter des Pas de Calais den Kommunisten nicht wegen ihrer Parolen aufgesessen sind, sondern einfach deswegen, weil sie Hunger hatten und kein Zutrauen zu den Versprechungen einer Regierung, die dem Preis- und Versorgungsproblem faktisch machtlos gegenüberstand. In diesem Sektor ist nun aber eben angesichts der massiven amerikanischen Hilfe eine allmähliche Besserung zu erwarten. Hiefür freilich ist es auch höchste Zeit geworden, nicht zuletzt deshalb, weil unterdessen der Zuspruch zu der Bewegung de Gaulles recht beachtenswerte Ausmaße angenommen hat. Nicht wenig trägt dazu bei die amerikanische Deutschlandpolitik, die von den Engländern mitgemacht wird, — manchmal freilich eher notgedrungen, wie es den Anschein hat. Man wird unter diesen Perspektiven die Möglichkeit einer Machtergreifung de Gaulles im Auge behalten müssen, und zwar sehr aufmerksam. Denn sie könnte unter Umständen weittragende Folgen haben, — Folgen, durch welche die jetzigen großen politischen Konzeptionen des Westens weitgehend außer Kurs gesetzt wären.

Aus dem Bereiche des

Ostblocks

ist kaum etwas von Bedeutung zu berichten. In dem Konflikt zwischen dem Kominform und Marschall Tito ist vorerst eine gewisse Beruhigung eingetreten, auch kommen aus den Volksdemokratien keine sensationellen Meldungen mehr, was vorerst auf Resignation hindeutet. Die Gleichschaltung geht dort unerbittlich ihren Gang. Um Österreich gingen eine zeitlang allerhand Gerüchte; sie wollten eines- teils von einer Verständigung mit Jugoslawien in der Kärntnerfrage wissen, zum andern hatten sie einen bevorstehenden Rückzug der russischen Besetzungstruppen zum Gegenstand. Aber hierüber ist es wieder still geworden; im Gegenteil gehen die Russen in letzter Zeit wieder schärfer vor, indem sie neuerdings Beutegut, diesmal Eisenbahnmateriale, abtransportieren. Nach wie vor ist anzunehmen, daß eine Regelung des Problems Österreich nur im Zusammenhang mit der deutschen Frage eintreten wird; dort aber ist die Lage vorderhand noch immer festgefahren, und die Aussichten, sie in Fluß zu bringen, sind nach allgemeiner Ansicht zur Zeit wenig günstig.

Ein Ereignis von besonderer Tragweite bildet die Entwicklung der

Auseinandersetzung in China.

Es besteht dort allem Anschein nach die Möglichkeit neuer Perspektiven: amerikanischerseits hat man offensichtlich die Überzeugung erlangt, daß das Regime des chinesischen Generalissimus weder willens noch imstande ist, die Vorbedingungen für eine erfolgreiche Abwehr des kommunistischen Ansturms zu schaffen. So liest man neuerdings Berichte, in denen es heißt, die Amerikaner würden sich von China überhaupt zurückziehen und ihre machtpolitische Position im Fernen Osten auf Japan und Südkorea konzentrieren. Das wäre ein Entschluß, der nicht unbedingt nachteilig zu sein braucht. Aber die Dinge liegen hier noch sehr im Ungewissen, und es dürfte noch einige Zeit vergehen, ehe sich die weitere Entwicklung klar abzeichnet.

Jann v. Sprecher

Londoner Brief

Der allgemeine Jubel der Bevölkerung Großbritanniens bei der Geburt eines Prinzen, der voraussichtlich einmal berufen sein wird, die Krone zu tragen, bringt wieder die Tatsache zum Bewußtsein, daß kein Königshaus den Stürmen der Zeit so gut standgehalten hat und heute so fest steht wie das, welches sich zuerst damit abzufinden verstand, daß «regis voluntas» nicht «suprema lex» ist, sondern sich dem im Parlament verkörperten Willen des Volkes unterwerfen muß. Wenn es in England Republikaner gibt, so haben sie jedenfalls nichts zu sagen und machen nicht von sich reden. Wie anders steht die englische sozialistische Partei zur Monarchie als dereinst die deutsche Sozialdemokratie, in der es kaum einen schlimmeren Vorwurf gab als den, ein «Hofgänger» zu sein, z. B. wenn sich ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter in anständigen Formen mit dem Großherzog von Hessen unterhielt. Aber so zuversichtlich man auch über die

Zukunft der englischen Krone

denken mag, so wenig läßt sich voraussagen, wie viel in dem Zeitpunkt, in dem der neugeborene Prinz vielleicht einmal zur Regierung kommen wird, von dem Britischen Weltreich übrig sein wird. Der Kaisertitel, mit dem Disraeli einst seine Königin beglückt und geschmückt hat, ist bereits mit dem Indischen Reich dahin gegangen. Irland macht Anstalten, die ohnehin sehr lockeren Bande, die es noch mit der englischen Krone verbinden, ganz zu lösen, und der schwache Widerstand, der sich dagegen erhebt, entfließt hauptsächlich der von Churchill mit Recht hervorgehobenen Besorgnis vor dem bösen Beispiel. Wie würde es z. B. in Südafrika wirken? Mit um so größerer Befriedigung können die Gedanken des englischen Patrioten bei dem Dominion Canada weilen, dessen bedeutender Premierminister Mackenzie King, von Alter und Krankheit gezwungen, eben jetzt von seinem Amt zurücktritt, das er länger bekleidet hat als Sir Robert Walpole, der langlebige Leiter des Englands des 18. Jahrhunderts. In einer Zeit, da in Europa der Liberalismus meist mehr eine Reminiszenz als eine lebendige Kraft ist, verdient die lange und segensreiche Regierung eines Mannes, der als sein staatsmännisches Ideal Gladstone verehrt, besondere Beachtung.

Nachdem sich die erste Verblüffung über die

Wahl Trumans

einigermaßen gelegt hat, ist man in England überwiegend zu der Auffassung gekommen, daß man damit wohl zufrieden sein kann. Es ist immer angenehmer, mit bekannten Größen zu rechnen als mit unbekanntem. Wenn man auch bei der Eigenart des Präsidenten Überraschungen nicht ausschließen kann, so kennt man doch immerhin die Richtung, in der er und die demokratische Partei sich in Fragen der internationalen Politik bewegen. Der Marshall-Plan, von dem so viel für Großbritannien abhängt, ist vor Erschütterungen in höherem Maß gesichert, als wenn er von einer republikanischen Kongreßmehrheit abhängig geworden wäre. Die Zuversicht würde natürlich besonders groß sein, wenn es Truman gelänge, den Staatssekretär Marshall zum Bleiben zu bewegen. In den Kreisen der Labour-Partei hat man versucht, den Sieg der Demokraten als einen «Ruck nach Links» parteipolitisch auszunutzen und ihn als ein gutes Omen für die spätestens in anderthalb Jahren

bevorstehende englische Neuwahl zu deuten. Freilich sind die amerikanischen Demokraten ebenso wenig Sozialisten wie ihre republikanischen Rivalen und so scheint diese Analogie nicht gerade zwingend zu sein. Auch spricht die vor wenigen Tagen in Edmonton ausgefochtene Nachwahl keineswegs für ein Anwachsen der sozialistischen Stimmung. In diesem vorwiegend von Arbeitern bewohnten Londoner Vorort fiel die sozialistische Stimmenzahl um 7000, während die konservative um 8000 zunahm. Man soll die Bedeutung einer einzelnen Nachwahl nicht überschätzen, wenn man es auch wohl verstehen kann, daß Churchill sie vom konservativen Parteistandpunkt als ein neues «El-Alamein» begrüßte. Wenn man nach den Gründen dieses Ergebnisses sucht, so liegt es nahe, an die jetzt von der Regierung vorgelegte

Eisen- und Stahl-Bill

zu denken, die bereits zum Austritt zweier Abgeordneter aus der Labour-Partei geführt hat. Diese Bill hat zum Ziel natürlich die Sozialisierung (oder Nationalisierung) der Eisen- und Stahl-Industrie. Aber der Weg, den die Regierung dazu eingeschlagen hat, ist sehr merkwürdig. Diese Industrie ist ihrer Natur nach weit mannigfaltiger und vielgestaltiger als die bisher «vergesellschafteten», wie der Kohlenbergbau oder die Eisenbahnen. Sie erstreckt sich von der Gewinnung und Verarbeitung des Rohstoffes bis zur Herstellung des zuweilen sehr verfeinerten Fertigfabrikates. Aus den hierdurch entstehenden Schwierigkeiten glaubte die Regierung sich am einfachsten dadurch herauszuziehen, daß sie willkürlich eine gewisse Ziffer der Rohstoffproduktion annahm und alle Unternehmungen, die diese erreichen oder überschreiten, der Expropriation unterwarf, einschließlich der Weiterverarbeitungs-Betriebe, die sie sich angegliedert haben. Die Expropriation soll in der Weise ausgeführt werden, daß eine staatliche Korporation die Aktien und Obligationen dieser Gesellschaften übernimmt. Sie wird also die alleinige und allmächtige Aktionärin dieser Gesellschaften. Aber die einzelnen Unternehmungen sollen weiter bestehen, unter ihrer bisherigen Firma fortfahren, zu produzieren und zu verkaufen. Denn viele von ihnen besitzen einen wohlverdienten Weltruf. Das erkannte der Minister Strauß, der die Vorlage in einer übrigens ziemlich nichtssagenden Rede einbrachte, in diesem Zusammenhang ausdrücklich an. Daß das eine Anerkennung der Leistung des privaten Unternehmertums ist, konnte selbst ihm nicht entgehen. Aber er scheint sich nicht die Frage vorgelegt zu haben, wer denn in Zukunft seine Lebensarbeit daran setzen wird, für seine Firma einen Weltruf zu erringen, wenn er weiß, daß als Lohn dafür ihm oder seinen Erben die Aussicht winkt, seines Betriebes auf dem Wege der Expropriation beraubt zu werden. Allerdings soll die Expropriation gegen Entschädigung erfolgen. Aber wie ist diese bemessen? Nicht nach dem wahren Wert des Unternehmens, sondern nach dem zufälligen Börsenkurs der Aktie im Oktober 1948. Diese Bemessung ist um so unbilliger, als der Kurs durch die Dividenden-Beschränkung gedrückt war, welche die Industrie sich auf den dringenden Wunsch der Regierung freiwillig auferlegt hat. Sir John Anderson, selbst ein früherer Schatzkanzler, war daher durchaus im Recht, wenn er das vorgeschlagene Entschädigungsverfahren aufs schärfste verdammt und von «Gangster-Methoden» sprach. Man kann nicht umhin, dahinter das Bestreben zu entdecken, das Sozialisierungs-Experiment mit künstlich erzeugten Vorzugsbedingungen zu eröffnen; der Staatsbetrieb könnte in der Anfangszeit vom Kapital leben, wenn seine Aktiven weit unter ihrem wahren Wert in seinen Büchern stehen.

Und warum dieser außerordentlich tiefe Eingriff in den Wirtschaftskörper, noch dazu in einer Zeit, die ruhige Entwicklung und einträchtiges Zusammenarbeiten doppelt nötig macht? Trägt die Regierung sich mit großartigen Organisationsplänen, um eine leistungsunfähige Industrie endlich gesund zu machen? Nein, sie muß selbst zugeben, daß

diese Industrie unter ihrer privaten Leitung ganz Hervorragendes geleistet

hat und gerade in der jetzigen kritischen Zeit leistet. Von irgendwelchen Ideen, die etwas noch Besseres versprechen, hat sie bisher kein Sterbenswörtchen verlauten lassen. Allerdings behauptet sie, die jetzigen Leistungen seien deshalb so gut, weil die Arbeiter auf eine Verstaatlichung hofften, und sie würden noch besser werden, wenn die Verstaatlichung durchgeführt würde. Das ist die alte Melodie, die man bei jeder Verstaatlichungsaktion hört und die noch nie von der Erfahrung bestätigt worden ist. Daß die Gewerkschaften der Metallarbeiter die Verstaatlichung propagieren, ist gewiß nicht zu bestreiten. Aber sie treibt die Illusion, daß dadurch ihre Macht gefördert werden würde. In Wahrheit sieht jede verstaatlichte Industrie sich vor das politisch heikle Problem gestellt, ob sie zu Gunsten ihrer eigenen Arbeiter oder zu Gunsten des Staates, d. h. der Allgemeinheit geführt werden soll. Kann die Regierung sich etwa darauf berufen, daß ihr Vorgehen nötig sei, um eine Quelle des sozialen Unfriedens zu verstopfen? Nein, sie muß zugeben, daß, wie Churchill in seiner wuchtigen Oppositionsrede betont hat, gerade diese Industrie in auffälligem Maße von Arbeitsstreitigkeiten verschont geblieben ist. Kann sie behaupten, daß die Industrie durch ihre Eigenwilligkeit Konflikte mit dem Staat heraufbeschworen habe? Nein, sie räumt ein, daß beide Faktoren bisher gut miteinander gearbeitet und die Industriellen sich willig den behördlichen Anordnungen gefügt haben. Aber ihre Wortführer sagen: was nicht ist, kann noch werden; vielleicht könnte es später einmal zu solchen Konflikten kommen, und dem wolle sie vorbeugen. Ja, sie malt das Schreckgespenst an die Wand, daß die Industrie im Falle eines Krieges Schwierigkeiten machen könnte. Demgegenüber konnte Churchill sich auf eine vierzigjährige Erfahrung berufen, die solche Hirngespinnste bündig widerlegt.

Die Sache der Regierung hat nach allgemeinem Urteil am besten der Schatzkanzler vor dem Unterhaus geführt. Sir Stafford Cripps ist ein scharfer Kopf und ein höchst gewandter Dialektiker; nicht umsonst war er Jahre lang einer der gesuchtesten Advokaten der Londoner Bar. Aber der Trumpf, mit dem er unter dem Jubel seiner Anhänger schloß, war ein Schlagwort und eine *petitio principii*. Die Demokratie, rief er aus, müsse die Eisenindustrie verstaatlichen, weil sie sonst zugeben müsse, daß sie die «Zitadelle der Macht» nicht einnehmen könne und daß nicht die Wählerschaft, sondern die Eigentümer der industriellen Anlagen die Wirtschaftspolitik bestimmen. Solch ein Schlagwort kann nur bilden, wer geblendet ist durch totalitäre Vorstellungen, durch

das Bild des allmächtigen Staates,

dem sich nirgends ein selbständiger Wille entgegenstellen darf. Er verdeutlichte das selbst dadurch, daß er als die einzig mögliche Alternative den Kommunismus bezeichnet, der seinen Willen mit brutaler Gewalt durchsetzt. Die Opposition könnte vielleicht nichts Besseres tun, als der Wählerschaft die volle Tragweite einer Politik klar zu machen, die solchen Gedanken entspringt und solchen Zielen zustrebt.

Ignotus

Brief aus Deutschland

(Das Land des Widersinns)

Es gibt auf dieser Welt viele Dinge, die nicht mit einem Wort zu umschreiben sind. Aber es gehört sicherlich mit zu den schwierigsten Aufgaben, den derzeitigen Zustand Deutschlands prägnant zu kennzeichnen. Wie soll man den «Luxus» erklären, daß ein völlig geschlagenes Land fast vier Jahre nach der Kapitulation die Kohlen für seine einstige Hauptstadt — mit dem Flugzeug transportiert? Die täglichen Meldungen über das Funktionieren der «Luftbrücke» nehmen sich in der internationalen Presse zwar sensationell aus, aber der Deutsche sieht dieses Unternehmen sehr problematisch an, nicht zuletzt weil ihm die gesamten Kosten aufgebürdet werden. Zunächst werden sie zwar gestundet, aber die Belastung bleibt.

Seit dem 20. Juni gibt es eine neue Währung, D-Mark genannt, die vor allem die kleinen Sparer und Rentner mit dem Verlust ihres gesamten Barvermögens bezahlen mußten. Diese D-Mark hat bis heute noch keinen offiziellen Wechselkurs, und keine deutsche Firma ist in der Lage, selbständig ein Auslandgeschäft zu tätigen. Indessen steigen die Preise. So ist es denn auch kein Geheimnis mehr, daß im deutschen Volk das Vertrauen in die neue Währung zutiefst erschüttert ist.

Während Millionen hungern,

werden, um nur ein Beispiel zu nennen, auf einem Trabrennen in München eine halbe Million D-Mark am Totalisator umgesetzt. Es ist nicht zu viel behauptet, daß diese Beträge im wesentlichen aus dem Schwarzhandel stammen. Daß es aber einen Schwarzhandel im größten Umfange gibt, ist nicht etwa eine Frage der moralischen Verfassung des deutschen Volkes, sondern überall dort eine Selbstverständlichkeit, wo das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage derartig auseinanderklafft wie jetzt in Deutschland. Die Produktion ist nicht in der Lage, die Nachfrage auch nur einigermaßen zu befriedigen. Dafür darf man nicht die umfangreichen Demontagen verantwortlich machen, obwohl auch sie ihren Teil dazu beitragen, noch die Im- und Export-Komödie oder Korruption, sondern ganz einfach die Tatsache, daß es noch nicht gelungen ist, den deutschen Wirtschaftskörper auch nur einigermaßen vernünftig in den europäischen einzubauen. Deutschland ist nichts anderes als ein

Spielball im internationalen Spannungsfeld.

Daß dabei nicht nur die Politik, sondern auch wirtschaftsegoistische Sonderbestrebungen mitbestimmend sind, ist ein offenes Geheimnis. Niemand wird von einem Auto, dem man den Motor ausgebaut hat, verlangen, daß es ein Rennen bestreitet. Aber von Deutschland, dem jede echte Souveränität sogar in Finanz-, Handels- und Schulangelegenheiten genommen ist, glauben manche etwas ähnliches verlangen zu können. Ein altes Sprichwort besagt, wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte. Das gilt auch manchmal in der Politik. Aber hinsichtlich Deutschlands streiten sich zumindest vier... Und da freut sich niemand mehr.

Wenn nun ein derartiges Durcheinander noch von der ständigen Sorge, ja Angst um den Ausbruch eines neuen Krieges beschattet ist, dann darf man sich nicht wundern, wenn der Rechtlose am wenigsten geneigt ist, eine vertrauensvolle Haltung an den Tag zu legen. Ist es wohl unmoralisch, wenn die Bevölkerung sich weigert, die vom Kontrollrat befohlenen wirklich irrsinnig hohen Verbrauchssteuern auf Kaffee, Tabak und Alkohol zu zahlen, und es vorzieht, die gleichen Produkte zu einem wesentlich geringeren Preis im Schwarzhandel zu kaufen? Und mit dem Be-

fehl, daß die Haushaltspläne der deutschen Länder nicht mit einem Defizit abschließen dürften, ist nichts getan, wenn die Besatzungskosten höher liegen als ein gesundes Land sie bezahlen könnte. Nach der Schätzung der französischen Militärregierung soll jeder USA-Soldat in Deutschland jährlich 12 000 D-Mark Besatzungskosten «wert» sein. «Die Besatzungskosten ruinieren die deutsche Wirtschaft», sagte kürzlich Dr. Adenauer, und General Clay entgegnete ihm, daß für je 20 Cts. Besatzungskosten, die Deutschland zahle, Amerika 80 Cts. für Deutschland ausgeben. Daß die Vereinigten Staaten für Europa und auch für Deutschland Unsummen ausgeben, steht fest. Es steht aber ebenso fest, daß der kostspielige Ausbau der deutschen Flugplätze, die Stärke der Besatzungsmacht und die «Luftbrücke», um nur einige Beispiele zu nennen, nicht durch Deutschland bedingt sind. Doch der Streit um Worte und Zahlen führt zu nichts. Deutschland ist zur Zeit politisch und wirtschaftlich ein *anorganisches* Etwas in Europa, das genügt als Feststellung. Solange dieses Grundübel nicht behoben wird, darf man keinerlei Besserung des Gesamtzustandes erhoffen.

So ist es auch eine europäische und nicht nur eine deutsche Tragik, daß man dem deutschen Volke die

Speisekammern Ostdeutschlands,

die 28 v. H. der gesamten deutschen Anbaufläche ausmachten, genommen hat, und den Rest des Landes mit Millionen und Abermillionen Verschleppten, Ausgewiesenen und Geflüchteten derart übervölkerte, daß er heute 98 v. H. der Gesamtbevölkerung des einstigen Reiches, nach dem Stand von 1936, beherbergt. Welches deutsche Land sollte je in der Lage sein, das Schicksal dieser Massen aus eigener Kraft zu meistern? Mit einem Export seiner unverarbeiteten Grundstoffe wie Kohle und Holz wird das Elend nur verschlimmert.

Deutschland hat nichts als seine Arbeitsleistung zu verkaufen

— und dann müßte man es arbeiten lassen. Diejenigen, welche die Möglichkeit dazu schaffen könnten, befürchten aber die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt... Wer will diese Quadratur des Zirkels lösen? Nur sollte man nicht vergessen, daß schon der Heilige Thomas von Aquin «das genügende Vorhandensein äußerer Lebensgüter» als Voraussetzung ruhigen Denkens und Handelns bezeichnet hat und Shakespeare von dem Hunger als von der «Amme des Wahnsinns» sprach.

Diese Entwicklung, die mit einer keineswegs überzeugenden Politik der Alliierten Hand in Hand geht, treibt trotz aller im deutschen Volkskörper bisher wirksamen Gegengifte in die Richtung der Bolschewisierung. Schon fordert Moskau als «Patentlösung» den Rückzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland. Gleichzeitig aber wird im russischen Sektor eine deutsche SED-Streitmacht von 400 000 Bewaffneten aufgestellt. Und die einst auf eingleisigen Verkehr abmontierten Verbindungslinien im Osten werden wieder zweigleisig ausgebaut. Diese Sprache ist bekannt, und wir haben ihre Auswirkungen in manchen Südoststaaten überzeugend erlebt. Nur durch Taten, nicht durch Worte ist sie zu widerlegen.

Die Zahl der Verantwortungsvollen im deutschen Volke, die sich volle Rechenschaft darüber ablegen, welche Schuld das eigene Volk auf sich geladen hat, ist viel größer als manche Leute wahrhaben wollen. Sie wollen es nicht wahrhaben, weil die gleichen Männer das Hauptübel unserer turbulenten Zeit darin erblicken, daß allzu große Teile der Welt von jenem unseligen «Nazi-Geist» infiziert worden sind, den totzuschlagen Millionen Menschen einst zur Waffe gegriffen haben. Kommt man nicht zu der Überzeugung, daß die Geschichte sich wiederholt, wenn man in dem offenen, ehrlichen Buch Francesco Nittis

«Das friedlose Europa»,

das gleich nach dem ersten Weltkrieg erschien, liest: «Warum ist Europa in so großer wirtschaftlicher Zerrüttung? Weil die Zerrüttung der moralischen Begriffe noch andauert, die Nerven haben sich in fast allen Ländern noch nicht entspannt und man redet noch die Sprache des Hasses. Der Krieg ist für manches Land, für manche Gesellschaftsklasse noch ein Geschäft. Man denkt zur Stunde in den siegreichen Ländern, wie man in Deutschland vor dem Kriege und in den ersten Kriegsphasen dachte; nur manchmal zitiert man Worte der Gerechtigkeit, des Friedens, der Demokratie, allerdings eher aus einer Gewohnheit, von der man nicht loskommen will».

Es ist nicht zu leugnen, daß manche Symptome von heute denen der ersten Nachkriegszeit auffallend ähneln. Doch der

letzte Funken von Hoffnung,

daß eine wirkliche Besinnung auf Europa möglich wird, ist im deutschen Volke noch keineswegs erloschen. In dieses Europa müssen dann aber zwangsläufig Deutschlands Arbeitskraft und sein Handel eingebaut werden. Es geht darum, im westöstlichen Spannungsfeld den dritten Faktor Europas richtig einzubauen. Dazu aber darf man nicht Nachteile und Schwächen der Deutschen mobilisieren, sondern ihren immer noch in Takt gebliebenen Vorzug: den unbändigen Arbeitswillen und die Genügsamkeit. Die

«Arbeits-Therapie»

wird, zumal bei genügenden Kontrollen gegen jeglichen militärischen Mißbrauch der Produktionsergebnisse, das einzige Mittel sein, das die dem Nihilismus zutreibende Moral wieder heben kann. Und auf die kommt es an.

Hanns-Erich Haack

Brief aus Österreich

Man schreibt uns aus *Wien*:

Wer heute durch Österreich fährt, wird überrascht sein, wie stark dieses Land schon im Schatten der nächsten Parlamentswahlen steht, obwohl diese frühestens im Frühjahr des nächsten Jahres stattfinden werden und es übrigens noch sehr von der weltpolitischen Situation abhängen wird, ob es überhaupt zu einem Urnengang kommt. Aber die Parteien bereiten sich jedenfalls darauf vor, insbesondere die Sozialisten, die davon überzeugt sind, nächstens die absolute Mehrheit im Parlament zu haben. Aber so ganz sicher scheint dies durchaus nicht zu sein, denn noch weiß niemand, welche Weiterungen der Ausschluß des linksextremen Abgeordneten Erwin Scharf aus der sozialistischen Partei finden wird.

Der sozialistische Parteitag,

der eine Woche nach der Heerschau der Kommunisten begann, endete zwar für die gemäßigte Parteiführung mit einem Sieg, — aber auch dort wurde die Koalitionspolitik mit der bürgerlichen Volkspartei scharf gezeißelt. Die Tatsache, daß Scharf, der früher Zentralsekretär der Partei war, dort keine offenen Anhänger finden konnte, fällt nicht ins Gewicht und es bleibt abzuwarten, ob es nicht auch in Öster-

reich zur Gründung einer linkssozialistischen Partei kommen wird, die — wie in Deutschland — nur eine Verbündete der Kommunisten sein kann.

Man kann aber andererseits den Erfolg der letzten Werbeaktion der Sozialisten, die heute über 630 000 Parteimitglieder verfügen, nicht gering schätzen. Und nachdem ja schon bei den letzten Wahlen zum ersten Mal in der Geschichte Österreichs eine *Stimmenmehrheit* der beiden Linksparteien bestand, kann man die Besorgnisse der Volkspartei hinsichtlich der nächsten Wahlen durchaus verstehen. Mindestens 500 000 neue Wähler, darunter die diesmal schon stimmberechtigten Mitglieder der früheren NSDAP, die heimgekehrten Kriegsgefangenen und die neu Eingebürgerten, sind ein Faktor von ausschlaggebender Bedeutung, von dem aber niemand weiß, wem er zugute kommen wird. Obwohl ja durch die Initiative der Russen die Bildung einer gemäßigten Rechtspartei verhindert wurde, besteht kein Zweifel über das Vorhandensein eines nicht unbedeutenden Kadern von Abwartenden. Die Volkspartei bemüht sich, diese nationalen und liberalen Gruppen für sich zu gewinnen — in der richtigen Auffassung, daß ihr dies nächstens wieder die Mehrheit geben wird. Vorläufig ist allerdings noch der Erfolg dieser Bestrebungen ausgeblieben, weil die Exponenten dieser Richtung der Auffassung sind, daß nur durch die Bildung einer neuen Partei die abseits stehenden Wähler für die bürgerliche Front gewonnen werden können. Man denkt jedoch an eine Listenverbindung mit der Volkspartei und ein Zusammengehen in allen grundsätzlichen Fragen.

In diesem Zusammenhang wird natürlich auch die nunmehr dem Parlament zugeleitete Frage der Wahlreform eine große Rolle spielen. Sie wird wahrscheinlich eine Herabsetzung des aktiven Wahlalters von 21 auf 20 und des passiven von 30 auf 24 Jahre bringen. Auch die Mandatszahlen der Wahlbezirke werden zugunsten der Bundesländer eine Veränderung erfahren, was für die Linke von Nachteil sein dürfte. Ob es gelingen wird, auch das bisher geltende Listenwahlrecht zugunsten eines Personalwahlrechts zu modifizieren, wird davon abhängen, ob Staatssekretär Graf seine eigene Partei davon wird überzeugen können. Die Sozialisten sind jedenfalls bis jetzt dafür nicht zu haben, obwohl sich in der Öffentlichkeit eine starke Bewegung gegen die Parteiendiktatur in dieser Hinsicht bemerkbar macht.

Der neue Voranschlag für 1949,

der nun im Nationalrat eingebracht wurde, ist mit über 6 Milliarden Schilling ausgeglichen; dazu kommen noch 1,4 Milliarden Schilling an außerordentlichen Aufwänden für den Wiederaufbau. Fast die Hälfte der Gesamtausgaben muß für Personalkosten verwendet werden, was für den Staat natürlich eine starke Belastung bedeutet. Aber die geforderte Verwaltungsreform mit einem Abbau des viel zu zahlreichen Personals wird erst nach den Wahlen in Angriff genommen werden können, da sich damit heute natürlich keine Partei belasten will. Die Ersparungskommissäre, die man nun einsetzen will, werden dieses Problem kaum lösen können.

Stark belastet wird das Budget auch durch die Abgänge der Bundesbahnen, die gleich 160 Millionen Schilling ausmachen. Nicht unbedeutend sind auch die Ausgaben für die Betreuung der ausländischen Flüchtlinge, für die von der UNO nur Beiträge geleistet werden. Die Besetzungskosten sind mit über 500 Millionen Schilling veranschlagt; wenn die Russen nicht doch schließlich diese Forderung zurückziehen (was wenig wahrscheinlich ist), werden die Österreicher künftighin auch noch eine Besatzungssteuer zu bezahlen haben.

Die Wirtschaftsentwicklung

ist nach dem letzten Exposé des Finanzministers befriedigend. So hat die gewerbliche Produktion schon 98 % von 1937 erreicht, während sich die Warenausfuhr

seit dem Vorjahr fast verdreifacht hat. Weniger positiv ist allerdings der Bericht des Instituts für Wirtschaftsforschung, das im Oktober auf den schwarzen Märkten deutliche Preisauftriebstendenzen feststellen konnte. Dies steht mit den spekulativen Gerüchten über eine Abwertung des Schillings im Zusammenhang und wenn natürlich von einer solchen Maßnahme auch keine Rede sein kann, so beweist der Sturz des Schillings im Vormonat doch nur, daß die österreichische Wirtschaftslage leider immer noch labil ist, da sie selbst geringfügige spekulative Preissteigerungen aus dem Gleichgewicht bringen können. Ein Blick auf den Banknotennumlauf zeigt aber, daß absolut nichts zu befürchten ist: dieser hat sich seit Beginn d. J. von 5,7 auf 6,2 Milliarden Schilling vermehrt, doch steht auf der anderen Seite eine nahezu gleich hohe Verminderung der freien Verbindlichkeiten gegenüber. Nur schade, daß die Österreicher eben heute schon sehr mißtrauisch geworden sind...

Brief aus Skandinavien

Die Frage der nordischen Zusammenarbeit bildet nach wie vor das Hauptproblem der skandinavischen Länder. Heute konzentriert sich die Debatte auf die Herstellung einer gemeinsamen außenpolitischen Linie, und womöglich einer militärischen Zusammenarbeit. Eine gemeinsame Formel für die Außenpolitik Schwedens, Norwegens und Dänemarks läßt sich aber nur schwer erreichen. Dänemark nimmt einen vermittelnden Standpunkt ein zwischen dem Wunsch Norwegens nach Anschluß an den Westblock und der schwedischen Neutralitätspolitik. Für die Einstellung Norwegens sind dabei die Erfahrungen des zweiten Weltkrieges maßgebend, für die schwedische einerseits die historische und politische Tradition, andererseits die Rücksicht auf Finnland. Die Politik der relativen Zurückhaltung, welche die Russen gegenüber Finnland betreiben, mag aus dem Wunsch erklärt werden, diese schwedische Neutralität zu erhalten, während andererseits die neutrale Haltung Schwedens der Hoffnung entspringt, dadurch die demokratische Souveränität Finnlands zu unterstützen. An der Tagung der nordischen Außenminister in Stockholm vom 8. und 9. September dieses Jahres war eine Kommission eingesetzt worden, um die Möglichkeiten einer militärischen Zusammenarbeit zwischen den nordischen Ländern zu untersuchen. So sehr diese Kommission entschlossen ist, möglichst bald zu einer Entscheidung zu gelangen, weil die Vereinigten Staaten nun wohl in Kürze die

Frage des Anschlusses Skandinaviens an die Atlantische Union

aufwerfen werden, so groß sind aber auch die Schwierigkeiten, insbesondere mit Rücksicht auf die schwache militärische Bereitschaft Dänemarks und Norwegens.

In Schweden

hat die Wahl zur Zweiten Kammer das öffentliche Leben stark in Anspruch genommen. Wegen der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, die infolge der planwirtschaftlichen Politik der sozialdemokratischen Regierung eingetreten war, hatte man eine sozialdemokratische Niederlage erwartet. Indessen ergab die Wahl im ganzen eine Bestätigung der sozialdemokratischen Position, so daß ein Übergang zu einer bürgerlichen Politik nicht in Frage steht. Inzwischen sind auch die Koalitionsverhandlungen zwischen der Sozialdemokratie und den Bauern gescheitert, so daß es vorerst bei der sozialdemokratischen Alleinregierung bleibt.

In Finnland

konsolidiert die Sozialdemokratie unter der Leitung des äußerst tüchtigen Fagerholm ihre Macht auf Kosten der volksdemokratischen Parteien. Bei der Reichstagswahl im Frühling dieses Jahres verbesserte sie ihre Mandatszahl von 50 auf 54, während die Volksdemokraten von 49 auf 38 Mandate zurückfielen. Die größte Partei, die Agrar-Partei, erhielt 56 Mandate gegen 49, die Konservative Sammlungspartei 33 gegen 28. Die sozialdemokratische Politik nimmt keine opportunistische Rücksicht auf den russischen Nachbarn, sondern sie wird auf durchaus demokratischer Basis geführt. Demokratische Verfassung und Freiheit bedeuten dem finnischen Volke ein Gut, das sich nicht so leicht beseitigen läßt wie in der Tschechoslowakei. Auch besitzt das Land in dem Präsidenten Paasikivi einen Staatsmann, dessen demokratischer Wille, verbunden mit einer realistischen Einstellung gegenüber dem russischen Problem, ihm in den Augen seines Volkes und der nordischen Brudervölker eine einzigartige Autorität verschafft hat.

Norwegen und Dänemark

haben bei Kriegsende Großbritannien je eine Brigade zur Entlastung der englischen Besetzungstruppen versprochen. Die norwegische Brigade wurde inzwischen von der russischen Zonengrenze im Harz nach Schleswig-Holstein verlegt, was in Dänemark sehr begrüßt wurde. Auch Dänemark seinerseits wünscht sein Versprechen einzuhalten, steht aber auf dem Standpunkt, daß es mit der Erhaltung der großen deutschen Flüchtlingslager nach dem Kriege bereits einen unverhältnismäßig großen Beitrag zu den Besetzungskosten geleistet habe. Dieses Problem ist indessen heute fast endgültig erledigt, nachdem sich von den ursprünglich 230 000 deutschen Flüchtlingen nur noch 30 000 in Dänemark befinden, die nun im Laufe der nächsten Monate ebenfalls abtransportiert werden.

Die zwei größten politischen Probleme Dänemarks sind die Frage

Südschleswig und das Grönland-Problem.

Über die erste Frage wurde unlängst in London verhandelt, aber das Hauptpostulat Dänemarks, nämlich die verwaltungsmäßige Trennung Südschleswigs von Holstein, ist von den Engländern nicht anerkannt worden. Inzwischen haben bekanntlich in Schleswig die Wahlen stattgefunden, und sie ergaben eher einen kleinen Rückgang des dänischen Elementes, so daß sich die dänische Position in dieser Frage jedenfalls nicht verbessert hat. Was die Grönlandfrage betrifft, so sind die amerikanischen Flugbasen, die während des Krieges errichtet wurden, und die verabredungsgemäß inzwischen hätten liquidiert werden sollen, noch nicht aufgehoben worden. Natürlich ist das Problem in der Hauptsache militärischer Natur und in dieser Hinsicht für die Amerikaner heute sehr wesentlich, aber auch der zivile Flugverkehr über Grönland wird eine immer größere Bedeutung erhalten, weil die kürzeste Verbindung von Nordeuropa und Rußland nach den Vereinigten Staaten über diesen Weg führt. Für die Entwicklung Grönlands selbst ist von entscheidender Bedeutung der Übergang von primitiver zu moderner Gesellschaftsordnung; in wirtschaftlicher Hinsicht soll das Handelsmonopol aufgehoben werden, um der privaten Initiative vermehrten Zugang zu verschaffen.

Hans Joakim Schultz

Militärische Umschau

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft warnt

Die Presse hat bekanntgegeben, daß sich die Präsidentenkonferenz der *kantonalen Offiziersgesellschaften* vom 6. November gegen die vorgesehene Neuregelung des Oberbefehls und gegen die Unterscheidung zwischen Neutralitätsdienst und Kriegsdienst ausgesprochen hat. Die geäußerten ernstesten Bedenken sind dem Chef des Militärdepartementes durch den Zentralvorstand in einer Eingabe dargelegt worden. Infolge der überragenden Bedeutung der S.O.G. kommt dieser Warnung größtes Gewicht zu. Bundesrat und Parlament werden die Bedenken ernsthaft prüfen müssen, auch wenn in der Bundesversammlung in letzter Zeit die Begehren der Gewerkschaften oft mehr Gehör finden.

Die S.O.G. umfaßt etwa 21 000 Mitglieder. In ihrer 115jährigen Geschichte hat sie sich je und je *um der Sache willen* eingesetzt. Sie ist aus unserem Wehrwesen nicht mehr wegzudenken. Die erzielten Fortschritte wären ohne sie nie erreicht worden. Bei allen Militärvorlagen, die dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wurden, leistete sie hingebungsvolle Aufklärungsarbeit. Anlässlich ihres 100jährigen Jubiläums hat Major *Ernst Zschokke* in einer schlichten Schrift die wichtigsten Marksteine ihrer Geschichte geschildert¹⁾. Frei von politischen Bindungen leitet sie nicht nur jahraus jahrein die außerdienstliche Ausbildung der Offiziere, sondern sie wirkt immer wieder wie ein frischer, belebender Wind. Oft ergriff sie in wichtigen Fragen die Initiative, brachte sie den Stein ins Rollen. So war sie es, die im Jahre 1933 dem damaligen Chef des E.M.D. klar machte, daß größere Kredite für den Ausbau, ja recht eigentlich für den Wiederaufbau unserer Armee notwendig seien. Heute weiß unser Volk, wie sehr die Entwicklung ihr recht gegeben hat.

Die Offiziersgesellschaft lebt jener Pflicht, «die sich uns aus dem eigenen Innersten aufdrängt und uns nicht zur Ruhe kommen läßt, bis getan ist, was wir selbst von uns fordern» (Zschokke).

Personalvermehrung der eidgenössischen Militärverwaltung

Die Personalausgaben verschlingen nahezu einen Viertel, ca. 22 0/0, des auf 400 Mio. beschränkten Militärbudgets. Das ist ein unverhältnismäßig hoher Anteil. Die Höhe der Besoldungen muß sich notwendigerweise der Teuerung und den Preisverhältnissen anpassen und steigt noch ständig. Die Notwendigkeit, den Personalbestand einzuschränken, drängt sich daher doppelt auf, denn wir müssen größere Mittel für den *Ausbau der Landesverteidigung* frei bekommen, im besondern für die *Verbesserung der Bewaffnung*²⁾.

Über die zahlenmäßige Entwicklung des Personalbestandes der Militärverwaltung kann man sich nur schwer ein zuverlässiges Bild machen, weil die vom Bundesrat bei verschiedenen Gelegenheiten veröffentlichten Zahlen nicht immer übereinstimmen. Die nachstehende Übersicht beruht auf den Zahlen der Botschaften zu den Voran-

¹⁾ Die Schweizerische Offiziers-Gesellschaft 1833—1933. Graphische Anstalt Zofinger Tagblatt, Zofingen 1933.

²⁾ Wir finden die notwendigen Angaben in der Eingabe des E.M.D. an den Bundesrat zur Frage der Bundesfinanzreform vom 28. Juni 1947 und in der Schrift des Generalstabschefs: *Unsere Landesverteidigung*. Es sei auch speziell auf den Aufsatz *Wir sollen Panzer anschaffen* in der Juni-Nummer 1948 der A.S.M.Z. hingewiesen.

schlagen und Staatsrechnungen und umfaßt nur das eigentliche Personal des E.M.D., ohne die als Regiebetriebe geführten Militärwerkstätten, die rund 4600 Mann beanspruchen. Seit 1940 zerfällt das Personal des E.M.D. in zwei Kategorien: das aus der ordentlichen Rechnung besoldete ständige Personal und das kriegsbedingte Personal der außerordentlichen Rechnung.

Personalbestand und Personalausgaben des Militärdepartementes

Jahr	Personalbestand (Mann)			Personalausgaben (Mio. Franken)		
	E.M.D.	Aktivdienst und Ausbau der LV	Total	E.M.D.	Aktivdienst und Ausbau der LV	Total
1925	2 448		2 448	14,2		14,2
1930	2 553		2 553	16,7		16,7
1935	3 060		3 060	18,4		18,4
1938	3 677		3 677	21,2		21,2
1939	3 959		3 959	22,2		22,2
1940	4 564	1 553	6 117	24,4	4,3	28,8
1941	4 969	2 597	7 566	28,6	9,5	38,2
1942	6 640	3 415	10 055	34,5	14,1	48,6
1943	8 119	5 360	13 479	46,0	29,4	75,4
1944	8 705	7 401	16 106	52,8	40,3	93,1
1945	8 911	6 628	15 539	56,4	42,2	98,6
1946	9 262	3 198	12 460	68,9	19,8	88,7
1947	9 440	1 255	10 695	76,0	10,8	86,9
Voranschlag						
1948	10 062	170	10 232	87,3	1,9	89,2

Die Übersicht zeigt, daß der gesamte Personalbestand, ohne Militärwerkstätten, im Jahre 1945 mit 16 106 Arbeitskräften seinen Höhepunkt erreicht hat und seit Kriegsende ständig zurückgeht. Dieser Rückgang ist vor allem bedingt durch den Abbau des kriegsbedingten Personals der außerordentlichen Rechnung. Anders in der ordentlichen Rechnung. *Hier nimmt der Personalbestand, trotz Kriegsende, immer noch andauernd zu.* Die Vermutung liegt nahe, daß ein Teil des kriegsbedingten Personals in die ordentliche Rechnung übernommen wurde und so die fortlaufende Vermehrung des ständigen Personals bedingt. Die Tatsache der andauernden Personalvermehrung des E.M.D. weckt ernsthafte Bedenken.

Am 1. Juli 1948 verteilte sich der gesamte *Personalbestand des E.M.D.*, ohne Militärwerkstätten, insgesamt 10 004 Arbeitskräfte, auf folgende Gruppen:

	Arbeitskräfte	Prozent
a) Militärflugplätze	1 574	15,7
b) Festungswachtkorps	1 887	18,9
c) Verwaltung des Kriegsmaterials (Zeughäuser und Munitionsdepots)	2 481	24,8
d) Armee-Motorfahrzeugpark	151	1,5
A. Militäranstalten (a—d)	6 093	60,9
B. Lehrpersonal inkl. Überwachungsgeschwader	594	5,9
C. Restliche Militärverwaltung	3 317	33,2
Total E.M.D.	10 004	100

Die Gruppe C umfaßt, neben der Zentralverwaltung, die beiden Pferdeanstalten, die Armee-Sanitätsmagazine, den Liegenschafts- und Unterkunftsdienst des O.K.K. und die Heilanstalten der Militärversicherung. Richtigerweise müßten auch diese Anstalten nicht in der Gruppe C, sondern in der Gruppe A eingereicht werden. Man darf somit annehmen, daß rund 65 % der Arbeitskräfte auf die Militäranstalten entfallen und nur rund 30 % auf die eigentliche Militärverwaltung. Vergleiche mit dem Jahr 1938 (= 100 %) zeigen nun, daß die Personalvermehrung bei den Militäranstalten (423 %) weit stärker in Erscheinung tritt als bei der Zentralverwaltung (183 %) und beim Lehrpersonal (170 %). Die erhebliche Vermehrung des Kriegsmaterials, der Munitionsreserven, der Festungsanlagen, der Militärflugplätze und der Motorfahrzeuge bilden somit die Hauptursache für die Zunahme des Militärpersonals. Der Gesamtbestand 1948 macht 278 % des Bestandes von 1938 aus.

Dem Bericht des Bundesrates vom 12./19. Oktober 1948 zur Neuordnung des Finanzhaushaltes, S. 17/18, entnehmen wir folgende Übersicht über die Verteilung des *Personalzuwachses seit 1938* auf die wichtigsten Abteilungen und Betriebe:

Es beschäftigten im Juli 1948 mehr Arbeitskräfte als 1938:

Generalstabsabteilung	64
Abteilung für Heeresmotorisierung (neuer Dienstzweig)	58
Armeemotorfahrzeugpark (neu)	132
Gruppe für Ausbildung (neu)	21
Überwachungsgeschwader (neu)	58
Betriebe der Militärflugplätze	1 474
Militärversicherung	132
Militärheilanstalten	136
Oberkriegskommissariat (Magazine und Kasernen)	92
Kriegsmaterialverwaltung	100
Zeughäuser	1 644
Festungswachtkorps (neu)	1 633
Kriegstechnische Abteilung	171
Eidgenössische Turn- und Sportschule (neu)	46
Gesamtzuwachs	5 791

Dem erwähnten Bericht ist ferner zu entnehmen, daß sich die *Militärwerkstätten im* Verlaufe dieses Jahres gezwungen sahen, die Zahl ihrer Arbeitskräfte zu erhöhen, nachdem schon 1946 der Personalabbau sistiert werden mußte.

Aus der Verteilung der Arbeitskräfte auf die einzelnen Gruppen geht hervor, aus welchem Grund der Rückgang im gesamten Personalbestand des E.M.D. seit 1947 nur noch in bescheidenem Ausmaße erfolgt. Eine wesentliche Personalverminderung kann nicht mehr durch bloße Sparmaßnahmen erreicht werden, sondern nur durch eine tiefgreifende *Reorganisation* des E.M.D., verbunden mit einer intensiven *Rationalisierung* und *Mechanisierung*. Wohl warnt der Bundesrat in seinem erwähnten Bericht von der Annahme, Reorganisationen und Rationalisierungen stellten eine Fundgrube von Sparmöglichkeiten dar, durch die der Bürger von Steuerlasten weitgehend befreit werden könnte. Das stimmt bei den Militärausgaben, *denn die durch Rationalisierung frei werdenden Mittel müssen dem Ausbau der Landesverteidigung zugute kommen*. In seiner neulichen Rede in Bellinzona betonte Bundespräsident *Celio*, der Weltfriede sei ernstlich gefährdet, und stellte fest: «*Das Heil unseres Landes hängt viel mehr von der Armee als vom Verständnis und Wohlwollen anderer ab*» (N.Z.Z., Nr. 2224).

Es kann nicht bestritten werden, daß durch räumliche und organisatorische Zusammenlegung und Umgruppierung von Dienstabteilungen eine erhebliche Verein-

fachung der Organisation und durch Rationalisierung eine Verminderung des Arbeitsvolumens möglich sind³⁾. Es gibt heute in der Militärverwaltung noch viel Leerlauf, bedingt durch eine unzuweckmäßige Organisation des Departementes und einzelner Abteilungen. Weitere Personalreduktionen könnten auch mittels höherer Besoldungen ermöglicht werden. Sie würden die Gewinnung eines durchschnittlich *besser qualifizierten Personals* erlauben, das ein wesentlich größeres Arbeitsvolumen bewältigt. Dieses Problem stellt sich allerdings nicht nur für die Militärverwaltung, sondern für die gesamte Bundesverwaltung.

Scharfe Kritik

Zeitungen der verschiedensten Schattierungen veröffentlichten in den letzten Wochen Berichte über Disziplinlosigkeiten und oft sehr scharfe Urteile über offensichtliche Fehler bei größeren Truppenübungen. Im Brennpunkt der Kritik standen die Manöver der Baslerlandschäftler und Solothurner, auch über die Geb.Br. 12 und das Schwere Haubitzen-Regiment 27 wurden Zeitungsartikel veröffentlicht («Neue Bündner Zeitung» 4. 11. und «Volksstimme», St. Gallen 6. 11. — «Arbeiter-Zeitung» Nr. 253).

Die «Luzerner Neuesten Nachrichten» und das «Vaterland» (26. 10. und 6. 11.) erinnerten an ähnliche Vorfälle in Stans im Jahre 1937. Im besondern sind Abschnitte der Kritik der «Basler Nachrichten» (Nr. 463) in vielen Zeitungen abgedruckt worden. Die Kritik blieb unwidersprochen. Kopfschüttelnd liest man folgende Sätze:

«Eine der größten Gefahren scheint uns aber bei der improvisierten Motorisierung in gewissen Illusionen zu liegen, die sie erweckt. Bei der höheren Führung ergab sich daraus die bereits erwähnte Mißachtung der Feuerwirkung. Es ergab sich ferner auf allen Stufen eine fast totale Mißachtung der Leistungsgrenzen für das Material und die es bedienenden Leute. Wenn ein Soldat, der bis zum W.K. nie einen Motorlastwagen geführt hat und der die zivile Bewilligung zum Führen von Motorlastwagen nicht besitzt, in den Manövern nach eintägiger Vorbereitung auf einmal Lastwagen mit zwei Anhängern führen muß, dabei innerhalb von 48 Stunden Arbeit zwei Stunden Schlaf genießt und am Schluß der Manöverarbeit noch eine Kompanie in zwei Fahren auf einer Strecke von rund 30 km (der einfache Weg!) zu transportieren hat, so dürften die Grenzen des im Frieden zu Verantwortenden überschritten sein! Es ist klar, daß wir mit einer derartigen Auffassung von der Beanspruchung von Material und Truppe im Ernstfall innerhalb weniger Tage uns ‚aus eigener Kraft‘ ohne größere feindliche Aktionen ruiniert haben würden!»

Welche Form das Desinteressement stellenweise angenommen hat, schildert die «National-Zeitung» (22. 10.). Sie bemerkt, «die in den vergangenen schlaflosen Manöver Nächten aufgespeicherte Müdigkeit» habe den Elan vollständig gelähmt und schreibt:

«So erblickte der Schlachtenbummler denn das nicht alltägliche Bild von geruhsam in ihren Stellungen den endlich nach durchhungerter Nacht doch noch eingetroffenen Morgenkaffee schlürpfenden Verteidigern, während kaum fünfzig Meter davon entfernt hinter der nächsten Straßenbiegung müde Angreifer rasteten und sich nicht entschließen konnten, das Gipfelidyll zu stören und selbst auch noch in den Genuß des Sonnenaufgangs auf den Paßwanghöhen zu gelangen!»

³⁾ Vergl. entsprechende Vorschläge Dezemberheft 1947, S. 590/593 und Juliheft 1948, S. 260/262.

Im Basler Großen Rat ist bereits ein parlamentarisches Nachspiel erfolgt. Im Solothurner Kantonsrat steht es noch bevor. Regierungsrat *Brechbühl* schreibt den Hauptfehler der Tatsache zu, der Truppe sei die Lage nicht auseinandergesetzt worden, und er sagt, alle Beurteiler erklärten, damit sei «der wohl größte psychologische Fehler» begangen worden («Basler Nachrichten», Nr. 473). Daher sagt auch ein Kommentar zur Behandlung der Interpellation, die Truppenpsychologie sei in den Dispositionen der Leitung zu kurz gekommen («Basler Nachrichten», Nr. 474). Im Solothurner Kantonsrat ist eine Interpellation von freisinniger Seite eingereicht worden. Die Regierung wird eingeladen, «mit den zuständigen Instanzen zu prüfen, wie in Zukunft die Manöver zu gestalten sind, damit sie nicht mehr Anlaß zu heftigen Diskussionen geben» («Solothurner Zeitung», Nr. 263).

Ein höherer Truppenführer soll die Disziplinlosigkeiten der kommunistischen Verhetzung in die Schuhe geschoben haben⁴⁾. Dies wäre an sich vielleicht naheliegend, trifft aber im vorliegenden Fall nicht zu. Wie wäre es sonst zu erklären, daß über Manöver anderer Truppen, die kurz nachher stattfanden, keine Kritiken in der Presse laut wurden, geschweige denn parlamentarische Interpellationen erfolgten, obgleich die Anforderungen auch hoch geschraubt waren. Der Fehler liegt zweifellos auf der einen Seite in völlig ungenügenden Dispositionen verschiedener Befehlsstellen und andererseits in der Tatsache, daß einzelne nicht mehr an straffe Disziplin gewohnte Truppenteile bei Anstrengungen, die der Grenze der Leistungsfähigkeit sehr nahe kamen, allzu rasch kapituliert haben. Hat hier die Demokratisierungswelle besonders verheerend gewirkt?

«Wir möchten . . . wünschen, daß jene Unzulänglichkeiten, die sich anläßlich dieser Manöver gezeigt haben, . . . zu Nutz und Frommen und nicht zum Schaden unserer Armee und der betroffenen Truppe ausgewertet werden» («Vaterland», 6. 11.).

Miles

⁴⁾ «Der Bund» vom 27. Oktober enthält Angaben über kommunistische Propaganda im Genfer Regiment.